Nummer 544

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk. Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Lüggen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Goldpfennig. 70. Jahrgang Dienstag, 18. November 1924

Die Pläne der Kommunisten.

Radikalisierung der Sozialdemokratie.

In den bürgerlichen Parteien ist seit Beginn des Wahlkampfes allgemein die Ansicht verbreitet, man könne in den Vorbereitungen zum 7. Dezember die Kommunisten als eine quantité négligeable betrachten. Es ist beinahe zu einem Schlagwort der Bequemlichkeit geworden, die kommunistische Welle sei abgebebt und die Gefahr, die am 4. Mai, dem Tage der letzten Reichstagswahl, so riesengroß und plötzlich sich erhoben hatte, sei vorüber. Es muß festgestellt werden, daß man sich mit solchen Meinungen in einem argen Irrtum befindet. Was zunächst den Kleinkrieg anbetrifft, so arbeiten die Kommunisten wie bisher unermüdlich, gründlich und skrupellos. Die Partei finanziert und redigiert Zeitungen für einzelne Großbetriebe, wie z. B. die Zeitung „Die Knochenbremse" für die Firma Knorr-Bremse, die Partei unterhält z. B. allein in Berlin 45 Redner, die mit Hilfe falscher Papiere die Möglichkeit haben, in jede Versammlung der Rechtsparteien zu kommen und dort entweder als Horcher, Gegenagitatoren oder Provokateure aufzutreten.

Die allgemeine Strategie des Wahlfeldzuges wird auf kommunistischer Seite mit gewohnter Großzügigkeit betrieben. Dafür liefert der Leitartikel in der gestrigen „Roten Fahne" ein sehr eindringliches Beispiel. Als Verfasser dieses Artikels, der aus Wien datiert ist, zeichnet „Der Vertreter der Exekutive für die mitteleuropäischen Parteien". Das ist ein neuer Beweis dafür, daß die auswärtige Propaganda-Zentrale der Moskauer Exekutive im vergangenen Sommer von Berlin nach Wien übergesiedelt ist. Der Aufsatz selbst zeigt, daß die Schlachtpläne auch für Deutschland in Wien entworfen werden. Der Aufsatz gipfelt in der Forderung, daß die Gewerkschaften von den Kommunisten so schnell wie möglich zurückerobert werden müßten. Im vergangenen Winter hatte die deutsche K.P. bekanntlich die Parole ausgegeben: Heraus aus den Gewerkschaften, damit diese geschwächt werden! Im Sommer wurde die Taktik geändert, man beschloß, die Gewerkschaften aktiv durch Zurückeroberung der Kommunisten zu erobern. Der Wiener Vertreter der Moskauer Exekutive stellt, wie gesagt, diese Forderung erneut auf und bezeichnet ihre Durchführung als den Kernpunkt der ganzen Wahlkampagne. Zugleich macht er die interessante Mitteilung, daß der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei Deutschlands, natürlich auf Moskauer Geheiß, einen Beschluß gefaßt hat, nach dem sämtliche Parteifunktionäre bis zum 1. Dezember und sämtliche Parteimitglieder bis zum 1. Februar gewerkschaftlich organisiert sein müssen.

Dieser Beschluß ist von erheblicher Bedeutung. Die Kommunisten konnten am 4. Mai 3 700 000 Wähler in ihrem Heerbann zählen. Selbst wenn sie am 7. Dezember Stimmen verlieren sollten, so zeigt diese Zahl doch, daß in vielen Gewerkschaften die Kommunisten, sobald sie wieder organisiert sein werden, das Uebergewicht erringen müssen.

Mit dieser neuen Situation werden sich besonders die Sozialdemokraten, die sich vorläufig noch als die Herren der Gewerkschaften betrachten, beschäftigen. In den Teilen Deutschlands, wo die Kommunisten in den Betrieben der Industrie schon bisher das Uebergewicht hatten (z. B. in Sachsen), haben die Sozialdemokraten sich entschieden nach links orientiert, um der radikaleren Konkurrenz der Kommunisten die Stirn bieten zu können. Da an der Durchführung des oben genannten Beschlusses des kommunistischen Zentralausschusses nicht zu zweifeln ist, so ist damit zu rechnen, daß eine abermalige Linksorientierung der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik, d. h. der sozialdemokratischen Politik überhaupt, bevorsteht.

Es erscheint uns nützlich, derartige politische Vorgänge mit ihren Folgerungen immer wieder zu beleuchten, damit die bürgerlichen Parteien sich darüber im Klaren sind, wohin der Kurs des Linksblockes geht, in dem die Sozialdemokraten die tonangebende Partei sind.

Dr. J.

Heute Rückkehr Trendelenburgs nach Paris.

Staatssekretär von Trendelenburg wird, wie wir erfahren, voraussichtlich heute abend nach Paris zurückreisen, und man darf wohl erwarten, daß die deutsch-französischen Verhandlungen alsdann ihren Fortgang nehmen werden.

Die definitive Ablehnung Dr. Seipels.

Eine christlichsoziale-sozialdemokratische Koalition.

eca Wien, 18. November.

Dr. Seipels definitive Ablehnung, die neue Bildung des Kabinetts durchzuführen, hat in allen Kreisen großes Aufsehen erregt. Die Aktion im christlich-sozialen Parteirat, die Dr. Seipel zu seinem Schritt veranlaßte, wurde vom Landeshauptmann von Oberösterreich, dem Prälaten Hauser und dem ehemaligen Finanzminister Gürtler geführt und man glaubt, daß sie den Weg zu einer christlich-sozialen-sozialdemokratischen Koalition freimachen sollte. Dr. Ramek, der die Bildung des neuen Kabinetts durchführen soll, wird als Bundeskanzler mit den Sozialdemokraten ein eng umschlossenes Arbeitsprogramm für den Nationalrat ausarbeiten. Dieses Programm soll eine Lösung aller dringenden parlamentarischen Aufgaben vorsehen und unter Ausschaltung einer sozialdemokratischen Opposition durchgeführt werden. Nach Fertigstellung dieser, die Sanierung Oesterreichs betreffenden parlamentarischen Angelegenheiten, würden dann Neuwahlen ausgeschrieben werden, von denen man die vollkommene Niederlage der Großdeutschen erhofft. Damit würde in Oesterreich das schon lange erstrebte Zwei-Parteiensystem zur Wirklichkeit werden und es würde den beiden Parteien möglich sein, entweder durch eine Koalition oder selbständig mit einer sicheren Mehrheit zu regieren. Die Neuwahl werde aber vor dem Frühjahr nicht stattfinden und bis dahin werde sich das neue Kabinett begnügen, alle bisher zurückgestellten parlamentarischen Angelegenheiten bis auf gewisse grundsätzliche Fragen durchzuführen. Der künftige Bundeskanzler Dr. Ramek ist derzeit in Salzburg Rechtsanwalt und als Anhänger des Föderalismus bekannt. Er ist auch der Initiator jenes Finanzentwurfs der Länder, der seinerzeit auf der Salzburger Länderkonferenz als Grundlage für die Verhandlungen mit der Bundesregierung angenommen und sowohl von Dr. Seipel, als auch vom Finanzminister Kienböck bekämpft wurde.

Der Sinn der Demission Dr. Seipels.

Wien, 17. November.

Zum Entschluß Dr. Seipels, die Regierungsbildung abzulehnen, schreibt die offiziöse Politische Korrespondenz, Dr. Seipel habe die Ueberzeugung gewonnen, daß er ohne Gefährdung des Sanierungswerkes die Regierung in andere Hände übergehen lassen könne, da das absolute Festhalten der Mehrheitsparteien und insbesondere der Christlich-Sozialen an der Sanierungspolitik außer jedem Zweifel stehe und die Sanierung längst keine Angelegenheit der Person Seipels, sondern Oesterreichs sei. Andererseits habe der Wunsch der Regierung, die Produktion zu entlasten und die Teuerung zu bekämpfen, ein geringes Echo gefunden. Deshalb halte es Seipel für notwendig, mit der ganzen ihm nach der Verwundung gebliebenen Kraft an der Propaganda für eine rasche Durchführung des Genfer Werkes zu arbeiten, wozu er als Bundeskanzler physisch nicht mehr imstande gewesen sei. Dies sei der Sinn der Demission Dr. Seipels, der sofort die Obliegenheiten des Obmannes der Christlich-Sozialen Partei wieder übernehme.

Wie die Politische Korrespondenz weiter mitteilt, ist der von Dr. Seipel als Nachfolger empfohlene gewesene Minister Dr. Rudolph Ramek bereits von der Christlich-Sozialen Partei mit den Vorarbeiten für die Regierungsbildung betraut worden. Die bisherigen Minister wurden von Dr. Seipel ersucht, einer eventuellen Wiederberufung Folge zu leisten. Finanzminister Kienböck wird jedoch dem neuen Kabinett nicht angehören.

Kabinettswahl am Donnerstag oder Freitag.

TU Wien, 18. November.

Der Hauptausschuß wird heute den ehemaligen Justizminister Dr. Ramek beauftragen, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Die Neuwahl der Regierung wird kommenden Donnerstag oder Freitag im Nationalrat erfolgen. Dr. Ramek wird das Ministerium des Aeußern übernehmen. Ob die Großdeutschen ihre beiden Minister in dem Kabinett lassen werden, bleibt noch abgewarten. Die Großdeutschen stehen auf zentralistischem Standpunkt und lehnen die föderalistische Politik Rameks ab. Der Rücktritt Dr. Seipels hat in diplomatischen Kreisen lebhaftes Bedauern hervorgerufen. Es wird darauf hingewiesen, daß Dr. Seipel im Auslande das größte Vertrauen genossen hat. Bundeskanzler Seipel übernimmt entgegen anderen Meldungen wieder die Obmannstelle in der christlich-sozialen Vereinigung.

Gilberts Brief im amerikanischen Spiegel.

Handelsvertragskrise und Gilberts Brief bilden den fast ausschließlichen Gegenstand der Berliner Berichte der amerikanischen Presse. Sämtliche Korrespondenten betonen, daß, obgleich Gilbert erklärt habe, sein Brief bedeute keinen Angriff auf den Recovery Act, Gilbert faktisch doch den Akt angreife. Der Ernst der Lage wird unterstrichen und er wird hervorgehoben, daß von dem Ausgang der jetzt schwebenden Verhandlungen der Erfolg oder Mißerfolg des ganzen Dawes-Planes abhänge. Der Berliner Vertreter der „Chicagoer Tribüne", George Seldes, schreibt: Der Zweck der Aktion Gilberts sei bereits vor einem Monat von Owen Young angedeutet worden. Owen Young habe durchblicken lassen, daß die 26prozentige Ausfuhrabgabe den Dawes-Plan zunichte machen werde. Gilbert werde in Uebereinstimmung mit den Entscheidungen Youngs sofort nach Übernahme der Geschäfte eine Aktion einleiten um den Plan sicherzustellen. Der jetzige Schritt Gilberts bedeute indirekt einen Angriff auf den Recovery Act. Gut unterrichtete Sachverständige geben zwar zu, daß Gilbert die Gesetzmäßigkeit des Recovery Acts angreife, weise aber darauf hin, daß der Generalagent für sich das alleinige Recht der Eingziehung und Transferierung der Reparationsgelder in Anspruch nehme.

Der Korrespondent fügt hinzu, daß, falls England und Frankreich auf die 26prozentige Ausfuhrabgabe bestehen sollten, Gilbert aber die Rückzahlung an die deutsche Regierung oder an die deutschen Exporteure einstellen würde, dies die

völlige Erdrosselung der deutschen Ausfuhr

zur Folge haben würde.

Der Korrespondent der „New York World" schreibt: Die Krise der deutschen Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich sei durch die Aktion Gilberts noch weiter kompliziert worden. Gilberts Aktion habe großes Aufsehen in allen europäischen Ländern hervorgerufen und die Amerikaner betrachten diese Angelegenheit als einen Schritt, der für den Erfolg oder Mißerfolg des Dawes-Planes von verhängnisvoller Bedeutung sei. Als Owen Young und Rufus Dawes in Berlin waren, schreibt der Korrespondent, wurden sie oft gefragt, ob der Recovery Act dem Dawes-Plan schade, und es wurde entgegnet, daß später eine Aktion in dieser Angelegenheit unternommen werden würde. Young sei der Meinung gewesen, daß England, Frankreich und andere Nationen diesen Recovery Act in der Hauptsache als ein politisches und wirtschaftliches Druckmittel für die zukünftigen Handelsvertragskämpfe betrachten wollen. Aus Gilberts erster Veröffentlichung der Einnahmen und Ausgaben gehe hervor, daß der Recovery Act das wichtigste Problem darstelle. Er sei ein doppelschneidendes Schwert, mit dem sich England den Löwenanteil an den Reparationen sichere und eine Maßnahme in der Hand habe um die deutsche Produktion und den Deutschen Handel zu beeinflussen. Alles dies unterminiere den Dawesplan und gefährde seine Zukunft. Gilberts Aktion zielt infolgedessen darauf hin, die Rechtskomisse des Recovery Actes wiederherzustellen. Obgleich Gilbert recht habe wenn sein Brief auch kein direkter Angriff auf den Recovery Act sei, so bedeute er dennoch das Endziel, die Beseitigung des ganzen Recovery Actes.

Der unbesiegbare Wupeifu.

Der „Präsident" wird gesucht.

Schanghai, 18. November.

(Reutermeldung.)

Wupeifu hat mit Hilfe der Gouverneure der am Yangtse und am Haangho liegenden Provinzen eine unabhängige militärische Regierung gebildet. Dies zeigt, daß die Bemühungen Tschangtsolins und Fengyühsiangs, Wupeifu aus dem Felde zu schlagen, gescheitert sind. Es wird berichtet, Wupeifu sei willens, einer Präsidentschaft Tuanjiyus zuzustimmen. Gleichwohl bleibt die Frage offen, ob die feindlichen Gouverneure den Krieg fortsetzen oder den Zwist beilegen und sich Tuanjiyui unterordnen werden.

TU London, 18. November.

Tientsin, der Hafen Nordchinas und der Mongolei ist plötzlich, wie der Pekinger Korrespondent der „Times" schreibt, das politische und militärische Zentrum Chinas geworden. Tschangtsolin, der Führer der Mandschurei und Fengyühsiang, der Christengeneral, bemühen sich gegenwärtig, den Altsoldaten Tuanchijui an die Spitze der Nation zu stellen. Tuanchijui leistet noch Widerstand, wird aber wahrscheinlich zustimmen, wenn er die Mehrheit der Führer des Landes für sich gewinnt. Das Programm der drei Machtsaber sieht erhebliche Aenderungen in Armee und Verwaltung vor. Man beabsichtigt eine Revision der Verfassung. Tuanchijui wird eine Versammlung der Provinzialvertreter einberufen müssen, um die Einheit der Nation zu sichern. Das Gesamtergebnis der ganzen Kämpfe ist also die Wiederherstellung des statusquo. Tschangtsolin beherrscht den Norden, Wupeifu das Gebiet am Yangtse, und Sunyatsen den Süden.

Erregung gegen die Ausländer.

TU London, 18. November.

Sunyatsen ist am Montag auf dem Wege nach Tientsin in Schanghai eingetroffen. In einer Unterredung mit einem Zeitungskorrespondenten ging er ausführlich auf die Ausländerfrage ein und sagte, die Ausländer nähmen die Gesetzesmäßigkeit Chinas in Anspruch. Es müßten energische Maßnahmen ergriffen werden, wenn sie den Versuch machten, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. Alle patriotischen Chinesen seien sich darüber klar, daß die fremden Niederlassungen eine Bedrückung Chinas durch die fremden Mächte darstellten.

Auflegung der französischen Anleihe in nächster Woche.

TU New-York, 18. November.

„Times" meldet, daß die französische Regierung durch die hiesigen Bankiers davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß die gewünschte Auflegung nunmehr bereitstände. Die Auflegung soll schon in der nächsten Woche erfolgen.

Enthüllungen und Bekenntnisse.

Die in Frankreich in den letzten Tagen aufs neue einsetzende systematische Hetzkampagne gegen angebliche heimliche Rüstungen in Deutschland verfolgen den Zweck, für die im Dezember beginnenden neuen Völkerbundsverhandlungen, in deren Mittelpunkt die Fragen der Abrüstungen, der Militärkontrolle und der Sicherheiten stehen, die notwendige Stimmung gegen Deutschland zu machen. Auch der bald aktuell werdenden Frage der Räumung Kölns durch die englischen Truppen gelten die erlogenen Alarmnachrichten über Deutschland. Angesichts der namentlich in der Sicherheitsfrage herrschenden Divergenz zwischen der französischen und englischen Auffassung glaubt man noch einmal mit der immer so prompt einschlagenden Methode der Lügen, Verleumdungen und Verdächtigungen zu retten, was zu retten ist. Auf den französischen Trick nach dem bekannten Muster: „Haltet den Dieb", ist man noch immer hereingefallen. So sollte er auch diesmal den Acker bestellen für die französische Ernte aus den neuen Völkerbunds-Beschlüssen und das Madau-Konzert in der Pariser Presse setzte auf das Zeichen von oben prompt ein.

Es war gerade voll im Gange, sogar die „Times" in London war gewonnen und accompagnierte, als ein schriller Accord die willigen Zuhörer aufhorchen ließ.

Sir Edward Grey, 1914 englischer Staatssekretär des Aeußeren, unter dem damaligen Premierminister Asquith der sophistische Staatsmann Britanniens, der noch im November 1922 in einer großen Rede in Bradford sein Gewissen mit der Lüge erleichtern wollte, daß der Krieg vorsätzlich durch den preußischen Militarismus herbeigeführt worden sei und der mit Leichtigkeit hätte vermieden werden können, wenn in Deutschland der Wille zum Frieden vorhanden gewesen wäre, der in anderen Ländern vorhanden gewesen sei; derselbe Sir Grey bequemt sich endlich dazu, diese seine Meinung vor aller Oeffentlichkeit und in aller Form zu rectifizieren, indem er, wie am Montag gemeldet wurde, erklärte, er sähe jetzt, was er 1914 nicht gesehen habe, nämlich, daß der Krieg infolge des Anwachsens der Rüstungen unvermeidlich war. Angesichts der Rolle, die Grey in den unglückseligen Tagen Anfang August 1914 spielte und in Erinnerung der Rede, die er am 3. August 1914 im Unterhaus hielt, in der er das Zeichen zum Krieg gegen Deutschland gab, sind die Früchte einer leider zu späten Erkenntnis für uns doppelt wertvoll. Hat sich Sir Grey erst jetzt wieder seines finsteren Einflusses auf die englische Außenpolitik erinnert? Denkt er jetzt erst wieder an die verhängnisvollen Besprechungen, die er im Frühjahr 1914 mit Rußland über eine russisch-englische Flotten-Entente geführt hat? Und hat er sich erst jetzt des Besuches Königs Georg in Paris im Frühsommer 1914 erinnert, bei dem auch Herr Iswolsky anwesend war und bei dem der Anregung einer russisch-englischen Flottenkonvention auf seine warme Fürsprache hin Folge geleistet wurde.

Ueber das Wirken Greys in jener verhängnisvollen Zeit ließen sich Bände schreiben, aber sie seien in Anbetracht seines Bekenntnisses, das er am Sonntag in einer Rede in Newcastle hielt, mit diesen wenigen Andeutungen erledigt. Wenn schon Sir Grey in seinen Ausführungen am Sonntag so weit geht, die These der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege zu korrigieren und die Schuld dem allgemeinen Anwachsen der Rüstungen zuzuschieben, die unvermeidlich zum Kriege führen mußten, so erleichtert er sein Gewissen in einer Form, die seine Person wieder einigermaßen rehabilitiert. Denn an dem Anwachsen der allgemeinen Rüstungen trägt Sir Grey ein gerüttelt Maß Schuld. Wir werden uns für kommende Zeiten das Bekenntnis einer in so hohem Maße kompetenten Persönlichkeit, wie sie Lord Grey ist, merken müssen.

Haben diese Ausführungen den französischen Hetzkochen das Rezept verdorben, so lernen sie nun auch, daß ein Unglück selten allein kommt. Das sozialistische Pariser Blatt „Oeuvre" bringt aufsehenerregende Enthüllungen über Poincaré, die den Aufzeichnungen des früheren Botschafters Louis in Petersburg entnommen sind und in denen politisch erfahrene Männer wie Pichon und Cambon den Standpunkt vertreten, daß Poincaré zusammen mit Iswolsky die Hauptschuld am Ausbruch des Krieges tragen. Nun, Louis ist tot, und so können Herr Poincaré und die beiden anderen Herren es wagen, abzustreiten und abzuschwören. Immerhin, der Stachel sitzt im Fleisch und die englischen Blätter schenken diesem Fall viel Aufmerksamkeit. Bringt doch sogar der konservative „Daily Expreß" eine ausführliche Wiedergabe der Enthüllungen mit der Ueberschrift: „Rußland von Paris aus zum Kriege ermutigt."

Diese Ereignisse sind für uns insofern von Bedeutung als die Hegemoniepläne Frankreichs in Europa ein wehrloses und unter stetigem Druck gehaltenes Deutschland voraussehen. Zur äußeren Rechtfertigung aller machtpolitischen Maßnahmen Frankreichs konstruierte man den Schuldparagraphen des Versailler Vertrages. Zur Verwirklichung dieser Pläne schmiedete Frankreich wieder seinen Waffen-